

Sri Lanka im Überblick

zusammengestellt von Jürgen Clemens

Norwegen zur erneuten Vermittlung bereit

Nach sri lankischen und indischen Presseberichten hatte die sri lankische Regierung Norwegen erneut um die Vermittlung im Konflikt mit den „Befreiungstigern“ der LTTE gebeten. Der norwegische Sonderbotschafter Jon Hanssen-Bauer wird zitiert, dass sein Land sich dazu verpflichtet habe, die schon vor 2002 eingenommene Vermittlerrolle zu übernehmen. Hanssen-Bauer hatte zuvor Besuche in Sri Lanka aus Sicherheitsbedenken absagen müssen. Er machte den Beginn der Vermittlungen von Garantien abhängig, auch Kilinochchi im LTTE-Gebiet besuchen zu können. Erste Gespräche fanden Mitte Juni 2007 in Genf zwischen dem früheren norwegischen Sonderbotschafter Erk Solheim, Jon Hanssen-Bauer und dem Präsidenten Mahinda Rajapakse sowie anschließend in Oslo mit Diplomaten der wichtigsten Unterstützer des Friedensprozesses, Japan, USA, Norwegen sowie der Europäischen Union statt. Ergebnisse dieser Gespräche wurden nicht bekannt.

Regierungsvorstöße im Osten – Seegefechte im Norden und Osten

Mit dem Ziel, die „Befreiungstiger“ der LTTE aus dem Osten zu vertreiben, griffen Regierungstruppen über mehrere Wochen LTTE-Dschungellager um Thoppigala im Batticaloa Distrikt an. Ende Juni galt dieses Gebiet in Regierungsmitteilungen als eingenommen und gesäubert. Parallel dazu wird wiederholt von Seegefechten zwischen der Marine und den so genannten „Sea Tigers“ berichtet. Diese Kämpfe seien Teil der Offensive gegen die LTTE und deren Neutralisierung im Osten, so ein Militärsprecher in Pressemeldungen. Nach der Einnahme der LTTE-Gebiete durch Regierungstruppen setzten die Behörden die Rückführung der Vertriebenen in ihre Siedlungsgebiete fort (siehe separate Meldung). Nach Schätzungen in Presseberichten wurden seit einem Jahr rund 4 500 Menschen bei den jüngsten Kämpfen in Sri Lanka getötet, seit 1983 starben nahezu 70 000 Menschen im Bürgerkrieg.

Internationales Rotes Kreuz/ICRC verlässt temporär die Kampflinien

Ende Mai zog sich das Internationale Komitee des Roten Kreuzes (ICRC) aus Sicherheitsgründen aus den Kampfgebieten im Norden Sri Lanka zurück. Ein ICRC-Sprecher wird in Pressemeldungen zitiert, dass diese

Entscheidung nach dem Schließen zweier Grenzpostens an der Nord-Süd-Straßenverbindung durch das Militär getroffen wurde. Zuvor hatte es dort Schüsse auf zivile Fahrzeuge gegeben und auch ICRC-Unterkünfte wurden getroffen. Zuvor war schon das neutrale Arbeiten jenseits beiderseits der Grenze eingeschränkt worden. Nach einigen Tagen kehrten die ICRC-Mitarbeiter wieder an die Posten zurück, um den Transit der Menschen und Güter zwischen den Territorien der Regierung und der LTTE zu unterstützen.

Bürgerkriegsvertriebene - Kämpfe während Besuch des japanischen Vermittlers in Batticaloa

Zeitgleich zu einem Besuch des japanischen Vermittlers Yasushi Akashi in Lagern von Vertriebenen nach Batticaloa im Osten der Insel griffen Regierungstruppen Dschungellager der LTTE rund um Thoppigala an. Diese Kämpfe seien Teil der Offensive gegen die LTTE und deren Neutralisierung im Osten, so ein Militärsprecher in Pressemeldungen. Rund um Batticaloa leben seit Monaten Zehntausende Vertriebene oder Bürgerkriegsflüchtlinge in Lagern. Diese Lager sind meist abseits der Kampflinien, doch lässt der Lärm der Artillerie und Mörserbeschusses die Menschen selten Ruhe finden. Akashi besuchte auch das weiter nördlich gelegene Vakarai-Gebiet, aus dem die Regierungstruppen die LTTE im Januar 2007 vertrieben hatte. Dorthin hatte die Regierung anschließend rund 15 000 Menschen als Zeichen der Befriedung umgesiedelt. Viele der Vertriebenen waren aber unsicher ob der Verwüstungen ihres Landes und der Verluste an Saatgut und anderen Mitteln mit denen sie ihren Lebensunterhalt bestreiten können. Insgesamt wurden nach Regierungsangaben zwischenzeitlich in drei Phasen rund 75 000 wieder umgesiedelt, weitere 63 500 leben aber weiterhin in Lagern oder bei Gastfamilien im Osten in und um Batticaloa.

LTTE-Luftangriff und Nachtschließung des Internationalen Flughafens von Colombo

Im März, April und Mai 2007 unternahm die LTTE mit vermutlich aus eingeschmuggelten Ersatzteilen aufgebauten Sportflugzeugen mehrere Luftangriffe auf Ziele in Colombo und Jaffna. Vier Maschinen konnten Ende März den internationalen Flughafen von Colombo unerkannt erreichen und den Fliegerhorst der sri lan-

kischen Luftwaffe, welcher sich die Startbahn mit dem zivilen Flughafen teilt, angreifen. Nach Presseberichten setzte das Flugabwehrfeuer erst beim direkten Angriff und Abdrehen der Maschinen ein. Fluggäste kamen bei diesem Angriff nicht zu Schaden. *Cathay Pacific* setzte daraufhin alle Flüge nach Sri Lanka für einen Monat aus. Wenige Wochen später wurde der gesamte zivile Flugbetrieb in den Nachtstunden für zunächst drei Monate eingestellt, um tief fliegenden LTTE-Flugzeugen nicht die Möglichkeit zu bieten, im „Radarschatten“ von Passagiermaschinen anzugreifen. Unmittelbar zuvor hatte die LTTE einen weiteren Luftangriff auf Colombo unternommen und Treibstofflager im Norden der Stadt bombardiert. Zuvor wurde ein Luftangriff auf den militärischen Flughafen bei Jaffna im Norden der Insel unternommen.

Serie von Anschlägen in Colombo

Ende Mai 2007 wurden in Colombo die Sicherheitsvorkehrungen erneut intensiviert, nachdem sowohl im Basarviertel Pettah als auch nahe des Militärflughafens Ratmalana im Süden der Stadt Bomben am Straßenrand detonierten. Der Anschlag bei Ratmalana mit neun Toten galt einem Polizei-Lastwagen, forderte aber die meisten Opfer und Verletzten unter Zivilisten.

Oberstes Gericht hebt Deportierung von Tamilen aus Colombo auf

Einen Tag, nachdem die Polizei Anfang Juni 2007 damit begonnen hatte, Hunderte von Tamilen aus der Hauptstadt Colombo zwangsweise in den Norden und Osten zu verbringen, hob das Oberste Gericht nach Intervention des *Centre for Policy Alternatives* diese Aktion auf. Nach Polizeiangaben hielten sich die Tamilen in Colombo ohne besonderen Grund auf und wurden daraufhin zu ihrer eigenen Sicherheit in ihre früheren Siedlungsgebiete zurückgebracht. Nach offiziellen Angaben waren dies 291 Männer und 85 Frauen die mit sechs Bussen in den Norden und in einem Bus nach Batticaloa im Osten der Insel gebracht wurden. Viele Tamilen hatten ihre Siedlungen aus Furcht vor den Kämpfen sowie zur Arbeitssuche verlassen. Diese Rückführung durch die Polizei wird vom *Centre for Policy Alternatives* in Pressemeldungen als eine Form von ethnischer Säuberung kritisiert. Sie wurde nach mehreren Bombenanschlägen in der Hauptstadt veranlasst, für welche die tamilischen Befreiungstiger (LTTE) verantwortlich gemacht werden. Der Polizei wird zudem vom *Centre for Policy Alternatives* vorgeworfen, auf die Gefährdung seitens der LTTE keine andere Antwort zu haben, als alle Tamilen unter Generalverdacht zu stellen.

UNICEF – Rekrutierung von Kindersoldaten dauert an

Nach einer Stellungnahme von UNICEF – dem Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen – setzen sowohl die „Befreiungstiger“ (*Liberation Tigers of Tamil Eelam*, LTTE) als auch deren abgespaltene „Karuna-Fraktion“ die Rekrutierung Minderjähriger weiterhin fort. Anfang Juli 2007 berichtete UNICEF, dass alleine die LTTE entgegen gegenteiligen Selbstverpflichtungen zum Stopp dieser Praxis seit Januar 2007 rund 130 Jugendliche unter 18 Jahren rekrutiert. Für die Karuna-Fraktion sind UNICEF rund 70 solcher Fälle bekannt. Laut JoAnna Van Gerpen, Leiter von UNICEF-Sri Lanka, sei dem Bericht zufolge zwar ein Rückgang auf Seiten der LTTE zu verzeichnen. Es bliebe jedoch unklar, ob dies auf eine veränderte Praxis der LTTE zurückzuführen ist oder vielmehr der verbreiteten Furcht unter der Bevölkerung. Demnach sei zu befürchten, dass solche Kinderrekrutierungen immer seltener gemeldet werden. Die UNICEF-Statistiken weisen mit Stand von Ende Mai 2007 für die LTTE insgesamt 1 591 Fälle auf, für die Karuna-Fraktion 198. Die jüngste Entwicklung zeige laut Van Gerpen auf Seiten der Karuna-Fraktion eine Zunahme der Zahl der Kindersoldaten. Zudem behindere die Karuna-Fraktion die Arbeit UNICEF und lasse deren Mitarbeiter nicht in die Lager im Regierungsland. Nach Angaben von Menschenrechtsgruppen werde diese Rekrutierung sogar von den Regierungsstreitkräften unterstützt. Dies wird jedoch von der Regierung bestritten und derzeit untersucht. UNICEF bleibt allerdings skeptisch, dass die Regierung unter dem Präsidenten Manda Rajapakse diesem Problem, sowie dem weiteren Vorwürfe von Menschenrechtsverletzungen durch die Streitkräfte, wirklich stelle.

Sri Lankas Regierung warnt Geberländer vor „tragischem Fehler“

Während eines USA-Besuchs warnte der sri lankische Handelsminister G.L. Peiris insbesondere Deutschland, Großbritannien, die Niederlande sowie die USA aufgrund von Vorwürfen der Menschenrechtsverletzungen im Verlauf des „ethnischen Konfliktes“ davor die bilaterale Finanzhilfe und Entwicklungszusammenarbeit zu kürzen. Es sei ein tragischer Fehler, Sri Lanka diese Unterstützung vorzuenthalten, so Peiris laut einer Agenturmeldung. Dies werde einzig zur weiteren Zuspitzung im Land sowie zur letztlich – bewusst oder unbewusst – auch zur Förderung Extremismus und Terrorismus führen. Peiris reagierte letztlich auf Stellungnahmen in Washington, wonach der sri lankischen Regierung vorgeworfen wurde, dass sich die Menschenrechtssituation im Lande, etwa mit Angriffen auf

die Medien oder extra-legalen Tötungen, verschlechtert habe. Mit dieser Lobbyarbeit versuchte Peiris Entscheidungsträger in den USA davon abzubringen, seinem Land den Zugang zum *Millenium Challenge Account* für dringend benötigte Infrastrukturinvestitionen zu verwehren. Der Handelsminister beklagte vor allem, dass westliche Staaten ihre Hilfe in einer Zeit kürzten, in der seine Regierung mit der geplanten Kontrolle über die gesamte Ostprovinz die Grundlage für Frieden und Entwicklungen bereiten wolle. Zuvor hatten Deutschland, Großbritannien, die Niederlande verschiedene Teile ihrer bilateralen Hilfe für Sri Lanka eingestellt. Peiris beklagte gleichzeitig, dass die internationale Handelspolitik sein Land benachteiligte und vor allem die Textilimporte in die USA betroffen seien. Diese trugen zu 80 Prozent aller sri lankischen Exporte in die USA bei und sicherten rund einer Million Menschen ihr Auskommen. Hierzu bat Peiris darum, die Abhängigkeit von Almosen aufzugeben um seinem Land stattdessen eine faire Kooperation zu ermöglichen.

Sri lankisches Rotes Kreuz verlangt Untersuchung zum Mord an zwei Mitarbeitern

Zwei freiwillige Mitarbeiter des sri lankischen Roten Kreuzes wurden Anfang Juni 2007 in Colombo verschleppt und wenig später im Landsinneren bei Ratnapura tot aufgefunden. Nach Pressemeldungen wurden die beiden Muslime von vermeintlichen Polizisten am Bahnhof der Hauptstadt abgeführt. Die Polizei streitet jede Beteiligung ab und auch laut Präsident Rajapakse sind die meisten gemeldeten Entführungsfälle als gefälscht anzusehen. Dennoch forderte der Direktor des sri lankischen Roten Kreuzes von der Regierung eine unverzügliche und umfassende Untersuchung dieses Doppelmordes. Zugleich wurden beide Konfliktparteien daran erinnert, dass sie die neutrale Arbeit der humanitären Hilfswerke respektieren müssten und jede Beeinträchtigung deren Arbeit zu unterlassen haben.

Umstrittene Untersuchung des Mordes an 17 ACF-Mitarbeitern

Nahezu ein Jahr nach dem Mord an 17 sri lankischen Mitarbeitern des Hilfswerkes *Action contre la Faim* (ACF) auf dem Gelände ihres Büros im ost-sri-lankischen Muttur streiten sich Regierung und die *International Commission of Jurists* (ICJ) um Details und Standards der forensischen Untersuchungen. Während die internationalen Juristen den Austausch einer Kugel nach der ersten forensischen Untersuchung durch einen australischen Experten beklagen, wirft die Regierung der Kommission die Verletzung ihrer Neutralität

vor. Die „verschwundene Kugel“ sei laut ICJ vom selben Typ, welcher auch von den sri lankischen Streitkräften eingesetzt werde. Dem entgegnete die Regierung dass auch die LTTE die gleiche Munition einsetze und dies kein Beleg für die Verwicklung der Streitkräfte sei. Schon bald nach der Tat im August 2006 hatten internationale Beobachter die Sicherheitskräfte hierfür verantwortlich gemacht. Seither wurde in Presseberichten mehrfach auf Versäumnisse bei den offiziellen Untersuchungen hingewiesen. Bei einem hochrangigen Treffen von internationalen Experten in Genf Mitte Juni 2007 wurde der Rajapakse-Regierung sowie dem Generalstaatsanwalt vorgeworfen, dass internationale Standards zur Untersuchung solcher Fälle nicht eingehalten würden. Vor allem seien keine Mitglieder der Streitkräfte verhört worden und Zeugen würden nicht ausreichend geschützt. Laut *amnesty international* zeigten dieser Fall sowie zahlreiche weitere Menschenrechtsverletzungen in den vergangenen 18 Monaten, dass die rechtlichen Schutzmechanismen für die Bürger absolut unzureichend seien. Demnach sei laut Al-Generalsekretärin Irene Khan einzig eine unabhängige internationale Mission zur Untersuchung der Menschenrechtsverletzungen sinnvoll.

Pressefreiheit - TamilNet-Website gesperrt

Am 15. Juni 2007 wurde innerhalb Sri Lankas der Internetzugang zu dem in Norwegen unterhaltenen Internetportal *TamilNet* für mehrere Tage gesperrt. Nach Angaben des sri lankischen Internetproviders *Internet Services Providers* (ISP) geschah dies auf behördliche Anordnung. Dies wurde wiederum von der Regierung dementiert. *TamilNet* wird verbreitet als der LTTE nahe stehend betrachtet. Zugleich gilt dieses seit rund zehn Jahren unter dem Motto *reporting to the world on Tamil affairs* existierende Online-Portal als wichtige Informationsquelle insbesondere für den Norden und Osten des Landes. Sie wird unter anderem von Journalisten, Diplomaten und Bürgerrechtlern geschätzt. Die Online-Sperre in Sri Lanka wurde aber faktisch aufgehoben, nachdem andere Internetseiten Hinweise auf dem Zugang via des *Google*-Suchdienstes publizierten sowie wichtige *TamilNet*-Beiträge kopierten. Weltweit konnte der Dienst ungestört aktualisiert und auch gelesen werden. Von der internationalen Menschenrechtsorganisation *Article 19* wurde diese mutmaßliche Sperre auf Veranlassung der Regierung als klarer Verstoß der Pressefreiheit sowie als Internetzensur verurteilt. Die Verhinderung des Zugangs zu alternative Informationsquellen unterlaufe nach Stellungnahmen von *Article 19*-Sprechern letztlich auch die Friedensanstrengungen in Sri Lanka.